

Münchhäuser setzen auf die Gewerbesteuer

Um die Selbstverwaltungshoheit nicht zu verlieren, müssen mehr verlässliche Einnahmen erzielt werden

VON GÖTZ SCHAUB

MÜNCHHAUSEN. Mit Verlaub, aber große finanzielle Sprünge kann und will sich die Gemeinde Münchhausen deshalb auch nicht erlauben. Bei größeren Investitionen ist die Kommune auf Fördermittel angewiesen, um sich nicht über Gebühr zu verschulden. Das zeigt sich

Kommunalwahl
2026

sehr deutlich bei dem Vorhaben, einen neuen Kindergarten in Münchhausen zu bauen, der in unmittelbarer Nachbarschaft des bestehenden entstehen soll.

Aber es wird auch immer wichtiger, für die nötigen Einnahmen im Ergebnishaushalt, den Haushalt der laufenden Kosten, zu sorgen, um überhaupt den für die Genehmigung wichtigen Haushaltsausgleich hinzubekommen.

Geringere Schlüsselzuweisungen, höhere Personalkosten, höhere Abgaben insbesondere bei der Kreis- und Schulumlage machen es unabdingbar, nach neuen Einnahmequellen zu suchen, wenn man nicht ständig an den Gebühren- und Steuerschrauben drehen will. Deshalb diese Frage an die Listensprecher von UGL, CDU und SPD:

Für welche Ideen werben Sie, um die Finanzsituation der Gemeinde zu verbessern?



Lena Siemon Marques (Unabhängige Grüne Liste, UGL):

1. Erneuerbare Energien; 2. Vermarktung Gewerbegebiet; 3. Interkommunale Zusammen-

arbeit; 4. Nutzung Förderprogramme; 5. Ausbau Tourismus. Wichtig ist, dass Kommunen auch freie Mittel erhalten, um zum Beispiel ehrenamtliches Engagement zu fördern, und nicht zusätzliche Aufgaben ohne finanzielle Ausstattung übernehmen müssen. Wir werben für Vertrauen in die Kompetenz der Kommunen beim sinnvollen Mitteleinsatz.



Wolfgang Henseling (CDU):

Die CDU-Fraktion steht für solide Finanzen. Mit dem neuen Gewerbegebiet haben wir die Basis für höhere Einnahmen geschaffen. Unser Ziel: keine neuen Schulden, bestehende abbauen und Fördermittel nut-

zen. Zusätzliche Einnahmen könnten durch Tourismus und Naherholung entstehen, etwa mit Stellplätzen für Wohnmobile. Gleichzeitig kämpfen wir dafür, dass Land und Bund die Kommunen besser ausstatten.



Florian Koch (SPD):

In erster Linie gilt es, neue Einnahmequellen zu generieren. Hier sehe ich die Gemeinde auf einem guten Weg, die Einnahmesituation durch den neu entstandenen Windpark und das aktuell entstehende Gewerbegebiet (Gewerbe- und Grundsteuer) zu verbessern.

Darüber hinaus gilt es, die bereits bestehende interkommunale Zusammenarbeit wei-

ter zu vertiefen, um Synergien nutzen und Kosten senken zu können.



Das Interkommunale Gewerbegebiet am Kreisel B 252 und B 236 hat für die Finanzierung des Haushalts eine Bedeutung.

FOTOS: GÖTZ SCHAUB, PRIVAT